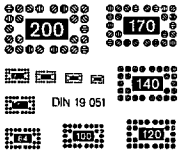


Gemeinsame Arbeitshilfe der SPD-BEZIRKE WESTLICHES WESTFALEN und MITTELRHEIN

DIE SPD GIBT SICH

Inhalt

I. Warum braucht die SPD jetzt ein neues Grundsatzprogramm?
II. Programm-Geschichte
III. Die Grundentscheidungen von Godesberg
IV. Die politischen Leitideen des Irseer Entwurfs
V. Kontroverse und offengebliebene Fragen in der bisherigen Diskussion
VI. „Wie geht es weiter?"
VII. „Ins Gespräch kommen" – Vorschläge für die Diskussion des Irseer Entwurfs
VIII. Zur Arbeit der Bezirkskommissionen
IX. Anhang:
a) Referentinnen und Referenten
b) Materialien
c) Adressen

SPD Grundsatzprogramm

DER IRSEER ENTWURF IN DER DISKUSSION

Verantwortlich:
Gerhard Kompe
Thomas Meyer
Franz Müntefering
Günter Schlatter
Hans W. Schulten

EIN NEUES PROGRAMM

Archiv der Sozialdemokratie Bonn
C87-1121

I. Warum braucht die SPD jetzt ein neues Grundsatzprogramm?

Fast 30 Jahre sind seit der Verabschiedung des Godesberger Programms vergangen. In dieser Zeit sind manche der Godesberger Forderungen verwirklicht worden. Neue Möglichkeiten und Chancen für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen haben sich seither entwickelt. Zugleich sind aber auch neuartige Grenzen unserer bisherigen Politik und geschichtlich beispiellose Gefährdungen für Mensch und Natur erkennbar geworden.

● Soziale, ökonomische und ökologische Grenzen des Wirtschaftswachstums machen sich bemerkbar. Die alte Vorstellung eines prinzipiell unbegrenzten Mengenwachstums ist zutiefst fragwürdig geworden.

● Die Massenarbeitslosigkeit ist mit den alten Rezepten globaler Wirtschaftsförderung und Steigerung der Wachstumsraten nicht mehr zu beseitigen. Sie droht zu einer Dauereinrichtung unserer Gesellschaft zu werden.

● Trotz einiger Anstrengungen ist die durch nichts zu rechtfertigende Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung in unserem Lande nicht geringer geworden.

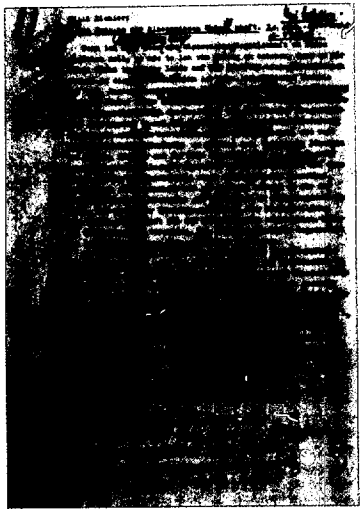
● Die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Weltwirtschaft hat zu einer nahezu unbegrenzten Freizügigkeit des Kapital- und Warenverkehrs geführt. Weniger denn je ist es heute möglich, Wirtschaftspolitik in nationalen Grenzen erfolgreich zu führen.

● Die Fern- und Rückwirkungen unseres Technikeinsatzes auf die Natur haben uns die Zerstörbarkeit der Voraussetzungen allen menschlichen Lebens vor Augen geführt.

● Die gesellschaftliche Gleichheit von Frauen und Männern ist nicht erreicht. Noch immer sind Frauen in der Familie, in der Arbeitswelt und im öffentlichen Leben benachteiligt.

● Der Sozialstaat soll Menschenwürde und Freiheit des Einzelnen vor den Risiken schützen, denen er in unserer Gesellschaft ausgesetzt ist. Er stößt aber an Grenzen der Finanzierung und der menschengemäßen Wirksamkeit, wo sich seine Hilfen auf Bezahlen und Betreuen beschränken.

● Unvorstellbar große Risiken neuer Techniken, wie in den Bereichen der Atomenergie und Gentechnologie, aber auch unkontrolliert eingesetzter Mikroprozessoren, Industrieroboter und Informationssysteme,



Eine Seite aus dem Entwurf des Godesberger Programms mit Notizen von Willi Eichler, dem Vorsitzenden der damaligen Programmkommission.

demonstrieren beispielhaft, daß Technik nicht mehr dem Selbstlauf überlassen werden darf. Nur Soziale Kontrolle muß Technik zu einer Quelle verbesserter Lebenschancen für alle machen.

Die meisten dieser neuen politischen Fragen verlangen eine Neubestimmung unseres Verständnisses von Fortschritt. Was noch bis weit in die Zeit nach der Verabschiedung des Godesberger Programms hinein als Fortschritt galt – das Wachstum des Brutto-Sozialproduktes und die ungehemmte Entfaltung der technischen Produktivkräfte – erweist sich nach den Erfahrungen, die wir seit den 70er Jahren weltweit machen mußten, oft als eine Bedrohung des wirklichen Fortschritts im Sinne unseres Ziels eines selbstbestimmten und solidarischen Arbeitens und Lebens. Wir müssen aufs neue grundlegend überprüfen, welche der industriegesellschaftlichen Entwicklungen dem eigentlichen Fortschritt dienen, welche ihn behindern und welche sogar die Existenzgrundlagen der Menschheit gefährden. Wir brauchen ein neues Fortschrittsverständnis.

Die gesellschaftlichen Gruppen, die sich seit Godesberg für die Durchsetzung der Ziele des Demokratischen Sozialismus verbündet hatten, sind in den 70er und 80er Jahren zum Teil wieder auseinandergerückt. Ihre unterschiedlichen gesellschaftlichen Erfahrungen und die daraus resultierenden unterschiedlichen Ansätze bei der Beantwortung der neuen politischen Fragen sind Gründe dafür. Es bedarf für eine mehrheitsfähige Politik daher einer neuen, gemeinschaftlichen Anstrengung bei der Beantwortung der neuen Fragen aus dem Geiste der geschichtlichen Traditionen des Demokratischen Sozialismus.

Nur auf diesem Wege kann die Sozialdemokratie ein politisch stichhaltiges, glaubwürdiges und mehrheitsfähiges Modell für gesellschaftlichen Fortschritt unter veränderten Bedingungen erarbeiten.

Mit dem neuen Programm beansprucht die SPD die politische Führungsrolle gegen die neo-konservativen und gegen die grünalternativen Kräfte. Denn: Weder die Fortsetzung des alten Fortschrittverständnisses noch der Ausstieg aus der industriellen Zivilisation weisen einen Weg in die Zukunft, der das Überleben sichert und ein menschenwürdiges Leben für alle möglich macht.

II. Programm-Geschichte

1847/48: „Kommunistisches Manifest" von Karl Marx
Wichtiger Vorläufer in der Programmgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Die ganze Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen. Die Kapitalistische Produktionsweise läßt ein industrielles Proletariat entstehen, dessen Interessen in unversöhnlichem Gegensatz zu den Interessen der Kapitalisten stehen. Das wachsende Proletariat wird sich zu einer Klasse formieren, deren historische Aufgabe die Beseitigung der Kapitalherrschaft ist.

1863: „Offenes Antwortschreiben" von Ferdinand Lassalle
Beginn der Programmgeschichte der organisierten Arbeiterbewegung in Deutschland; politische Grundlage des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Die Arbeiterschaft muß den politischen Bruch mit dem Bürgertum vollziehen, weil die Lösung der sozialen Frage nicht von wohlmeinenden bürgerlichen Liberalen erwartet werden kann. Die Arbeiterschaft muß sich zur Massenpartei formieren, muß die politische Macht erobern.

Mit Staatskrediten aufgebaute Produktionsassoziationen sollen sich als der bürgerlichen Produktionsweise überlegen zeigen und sie schrittweise ablösen.

1869: „Eisenacher-Programm"
Erstes Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Ziel ist die Abschaffung aller Klassenherrschaft, deren Grundlage die Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapitalisten ist. Ein Mittel, dieses Ziel zu erreichen, ist die Änderung der aktuellen Produktionsweise mit dem Lohnsystem. An ihre Stelle soll ein System genossenschaftlicher Arbeit treten.

Die Verbindung von Demokratie und Sozialismus gilt als unauflöslich.

1875: „Gothaer Programm"
Grundlage für den Zusammenschluß des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Die deutsche Arbeiterbewegung wird zu einer einheitlichen, selbständigen politischen Kraft gegenüber der bürgerlichen bzw kleinbürgerlichen Demokratie.

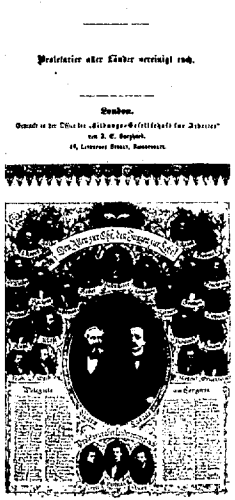
Dieses Programm verbindet die demokratischen Forderungen des Eisenacher Programms mit den wirtschaftspolitischen Vorstellungen Lassalles (Produktivgenossenschaften). Es enthält auch erste sozialpolitische Forderungen.

Manifest
der
Kommunistischen Partei.

Veröffentlicht im Februar 1848.

Proletarier aller Länder vereinigt euch.

London.
Gedruckt in der Office der „Bildungs-Gesellschaft für Arbeiter"
von J. E. Burghard.
46, Liverpool Street, Bunsenrath.



Oben:
Die Titelseite des Kommunistischen Manifests

Unten:
Der Einigungsparteitag in Gotha führt den ADAV und die „Eisenacher" zusammen.

1891: „Erfurter Programm"
Es stellt die SPD bewußt auf die Basis der Geschichtsphilosophie von Karl Marx und eröffnet die Epoche der demokratischen Arbeiter-Massenpartei.

Der Untergang des Kapitalismus ist ein naturnotwendig sich vollziehender Prozeß: Untergang der Kleinbetriebe / Monopolisierung der Produktionsmittel und Kapitalkonzentration / Die Mittelschichten versinken im Proletariat / Die Krisen verschärfen sich und der Kapitalismus wird schließlich funktionsunfähig.

Der Genossenschaftsgedanke als Hebel zur Lösung der sozialen Frage wird aufgegeben. Umfassende Vergesellschaftung und gesellschaftliche Produktionssteuerung gelten als Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft.

1921: „Görlitzer Programm"
Nach der Spaltung der Partei im Ersten Weltkrieg ist dies das Programm der Mehrheits-Sozialdemokratie. Mit ihm wird erstmals der Durchbruch zur Volkspartei versucht.

Die Sozialdemokratie ist nicht nur Arbeiterpartei, nicht nur proletarische Klassenpartei. Die demokratische Republik ist die unwiderruflich gegebene Staatsform. Gefordert wird nicht mehr die Sozialisierung aller Produktionsmittel, sondern nur die der Großindustrie.

1925: „Heidelberger Programm"
Beschlossen nach der Wiedervereinigung der Mehrheits-Sozialdemokratie mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Es lehnt sich im Grundsatzteil fast wörtlich an das Erfurter Programm an, aktualisiert es aber entsprechend den Bedingungen der demokratischen Weimarer Republik. Die Zusammenbruchstheorie wird allerdings aufgegeben, ebenso der Volksparteigedanke. Es bleibt das Bekenntnis zur demokratischen Republik.

Neben dem Grundsatzteil steht ein Aktionsteil, der von der reformistischen Alltagspraxis geprägt ist.

1959: „Godesberger Programm"
Dieses jetzt gültige Programm der SPD steht für den Reformsozialismus einer Volkspartei, die sich an Grundwerten orientiert.

Gesellschaftliche Kontrolle der Wirtschaft soll nicht durch förmliche Vergesellschaftung, sondern durch Verknüpfung von Rahmenplanung, Investitionslenkung, Wettbewerbskontrolle, paritätische Mitbestimmung und Tarifautonomie erreicht werden.

III. Die Grundentscheidungen von Godesberg, bleibende Grundlage der Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm

Das Godesberger Fundament bleibt für unsere Suche nach Antworten auf die neuen politischen Fragen gültig. Die Welt, in der wir leben, hat sich verändert und damit die Wege der Verwirklichung unserer Ziele. Die Ziele selbst, die das Godesberger Programm formuliert hat, und die zentralen Grunderfahrungen aus unserer fast 125-jährigen Geschichte bleiben die verbindliche Orientierung für die neue Programmdiskussion.

Diese bleibenden Godesberger Grundentscheidungen hat die „Grundwertekommission der SPD" in ihrem Bericht an den Essener Parteitag 1984 in Erinnerung gerufen:

Die Grundwertekommission hält es – einmütig – für richtig und nötig, folgende Aussagen des Godesberger Programms in einem künftigen Programm zu bestätigen.

● **Das Bekenntnis zur Demokratie**, ihrer Verteidigung und ihrem Ausbau:

Demokratie ist für uns ein Wert an sich und nicht nur Mittel zum Zweck. Wir arbeiten mit demokratischen Mitteln für den demokratischen Sozialismus, der für uns nichts anderes ist als zu Ende gedachte und zu Ende geführte Demokratie.

● **Das Bekenntnis zum Grundgesetz** und damit zum Staat des Grundgesetzes, den die SPD mit begründet, aufgebaut und ausgestaltet hat. Zu diesem Staat gehört auch die Bundeswehr.

● **Das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus** als einer dauernden, niemals abgeschlossenen Aufgabe. Es gibt keinen Endzustand, in dem sich die gesellschaftlichen Widersprüche auflösen.

● **Das Bekenntnis zur weltanschaulichen Offenheit der Partei.**

Die SPD ist und bleibt politische Heimat für Menschen verschiedener Glaubenshaltungen und Überzeugungen. Der demokratische Sozialismus ist kein Religionsersatz, sondern Anleitung zu politischem Handeln.

● **Das Bekenntnis zu den Grundwerten** der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Es gibt keinen zwingenden Grund, diese drei Grundwerte zu verändern oder zu ergänzen.

● **Die Entscheidung für die Volkspartei.** Sowenig die SPD Anlaß hat, ihre Herkunft aus der Arbeiterbewegung zu leugnen, so sicher ist der Weg zur Volkspartei unumkehrbar. In der SPD ist für jede Frau und für jeden Mann Platz, die sich dem demokratischen Sozialismus verpflichtet wissen.

● **Die Anerkennung des Marktes** als eines wichtigen Mittels für die Wirtschaft jeder Industriegesellschaft.

Godesberg hat Planung und Markt, Vergesellschaftung und freie Unternehmerentscheidung in den Rang von Mitteln zurückgewiesen, deren sich demokratischer Sozialismus zur Erreichung seiner Ziele pragmatisch bedienen kann und muß. Dabei soll es bleiben.

Dies alles gilt unverändert, auch 30 Jahre nach Godesberg. Es gibt auch keinen Grund zu der Annahme, daß sich dies 30 oder 40 Jahre danach anders verhielte.

IV. Die politischen Leitideen des Irseer Entwurfs – Entwurf eines neuen Fortschrittsverständnisses

Der Irseer Entwurf ist auf eine Gruppe miteinander verbundener politischer Leitideen bezogen, die in glaubwürdiger und realistischer Weise neu bestimmen, was von unserem traditionellen Fortschrittsprogramm gültig bleibt und welche Veränderungen wir angesichts neuartiger Herausforderungen vornehmen müssen. Diese Leitideen verbinden Grundforderungen der die Fortentwicklung der Industriegesellschaft betonenden Diskussionsströmungen innerhalb der Sozialdemokratie mit den Forderungen nach einem ökologischen und sozialen Umdenken, wie sie von der alternativen Diskussionsströmung innerhalb der Sozialdemokratie seit einem Jahrzehnt erhoben worden sind.

Die Verbindung dieser ursprünglich weit auseinander liegenden Ansätze ist ein Resultat der zweijährigen Programmdiskussion und der Arbeit einiger Kommissionen in den Jahren zuvor. Durch diese Diskussion haben sich die Ausgangspositionen der verschiedenen Diskussionsströmungen verändert und sind in den Grundlagen zu einem Konsens über ein neues Fortschrittsverständnis verschmolzen.

Die politischen Leitideen bilden den inneren Zusammenhang des Programms und die Grundlage für die Verzahnung der einzelnen Programmkapitel miteinander. Sie stiften den einheitlichen Sinn des Entwurfs und kennzeichnen in ihrem Gesamtzusammenhang den politischen Charakter des Programms. Aus ihnen müssen sich mit der Zeit die Symbole entwickeln, durch die eine erneuerte Politik des Demokratischen Sozialismus innerhalb und außerhalb der Partei vermittelt werden kann. Die politischen Leitideen, so wie sie im folgenden dargestellt werden, werden nach einer Bewertung gegliedert, für die auch das politsche Gewicht von Einzelthemen von Bedeutung ist. Formal gesehen könnte die ein oder andere Idee auch als Teil einer übergeordneten Leitidee betrachtet werden.

Die folgende Gliederung in acht politische Leitideen ist ihrerseits schon das Resultat zahlreicher Diskussionen über den Entwurf, über seine sinnvollste politische Strukturierung und über seine wirkungsvollste Darstellung nach außen.

1. Für ein neues Fortschrittsverständnis

Wir wollen auch in Zukunft den Fortschritt in der Verwirklichung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, den unsere Grundwerte fordern. Die Lebenschancen der Menschen können und sollen verbessert werden. Ein selbstbestimmtes, materiell und kulturell gesichertes Leben in solidarischen Gemeinschaftsbeziehungen muß allen Menschen ermöglicht werden.

Heute, da der Mensch zum ersten Mal in seiner Geschichte die technische Möglichkeit zur Selbstzerstörung der menschlichen Gattung und seiner natürlicher Lebensvoraussetzungen besitzt, muß alle Politik zunächst die „Grundvoraussetzunger menschlicher Existenz" sichern. Auf dieser Grundlage wird der Fortschritt zu einem besseren Leben für alle möglich. Verantwortung für den Frieden und Verantwortung für die Natur sind zusammen mit den Grundwerten des sozialistischen Wollens unser Maßstab eines neuen Fortschritts.

Die Sozialdemokratie stellt im Irseer Entwurf klar, daß wir am humanistischen Gehalt des modernen Fortschrittsverständnisses festhalten. Fortschritt in der Freiheit, in der Gerechtigkeit, in den Lebenschancen für alle bleibt unser grundlegendes Ziel. Heute müssen wir aber, um diesem Ziel wirklich treu zu bleiben, die Frage neu stellen: Welche Wirtschaftsentwicklung, welche Technik, welcher Umgang mit der Natur, können in den Dienst des menschlichen Fortschritts treten und welche gefährden ihn. Die einfache Fortsetzung bisheriger wirtschaftlicher und technischer Entwicklungen ist nicht automatisch Fortschritt. Sie kann den Fortschritt, um den es uns eigentlich zu tun ist, behindern, gefährden oder zunichte machen.

Diese Idee des Programms wendet sich gegen die konservative „Weiter-so"-Ideologie ebenso wie gegen die grün-alternative Ausstiegsillusion.

Die folgenden Leitideen bestimmen den politischen Inhalt des neuen Fortschrittsverständnisses.

2. Sozial und ökologisch verantwortete Industriegesellschaft

Wir wollen die historischen Errungenschaften der Industriegesellschaft bewahren und weiterentwickeln. Sie sind die Grundlage unseres Wohlstandes. Wir wollen aber neu bestimmen, welche Form sie annehmen müssen, um mit der Erhaltung einer regenerationsfähigen Natur und der Herbeiführung menschenwürdiger Arbeits- und Lebensverhältnisse in Einklang zu kommen. Wir wollen die soziale und ökologische Umgestaltung der Industriegesellschaft.

Dieses Ziel verlangt die Überwindung der Arbeitslosigkeit, die qualitative Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung und die ökologische Modernisierung des gesamten Wirtschaftssystems. Die Durchsetzung dieser Ziele wird durch die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft möglich.

Die Industriezivilisation hat durch den Wohlstand, den sie geschaffen hat, die Grundlagen einer materiell gesicherten Freiheit für alle gelegt. Neue, umweltgerechte und sozialverträgliche Produktionsverfahren und Produkte sind nicht durch den Stillstand der Entwicklung von Technik und Industrie, sondern nur durch deren Weiterentwicklung nach neuen Maßstäben möglich. Daher wollen wir die Industriezivilisation erhalten. Für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und aus Verantwortung für die nach uns kommenden Generationen werden wir Produktion, Technik und Konsum tiefgreifend umgestalten. Sie müssen mit den Existenzbedingungen einer reproduktionsfähigen Natur verträglich werden. Der Einsatz neuer Techniken und die Entwicklung der Wirtschaft müssen durch gezielte soziale Steuerung menschenwürdigen Lebens und Arbeitsbedingungen und einem freiheitlichen, selbstbestimmten Leben dienen.

Mit dieser politischen Leitidee wenden wir uns gegen die konservativ-liberale Haltung, die wirtschaftlich-industrielle Entwicklung dem Selbstlauf zu überlassen ebenso wie gegen die grün-alternative Industriefeindschaft.

3. Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft

Demokratie muß allgemeine Lebensform werden. Es gilt insbesondere, die demokratische Kontrolle über die wirtschaftlichen Grundentscheidungen am Arbeitsplatz, im Betrieb, in Unternehmen und auf überbetrieblicher Ebene zu erreichen. Nur die Demokratie entspricht den Grundwerten der Freiheit und Gerechtigkeit. Nur die Demokratisierung der wirtschaftlichen Entscheidungen schafft die Voraussetzung dafür, neue Ziele im Interesse der ganzen Gesellschaft gegen private Wirtschaftsmacht durchzusetzen.

Kernelement der allgemeinen gesellschaftlichen Demokratisierung als traditionelles Ziel sozialdemokratischer Politik ist die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie. Demokratische Entscheidungen müssen auf den verschiedenen Ebenen der Wirtschaft durchgesetzt und miteinander verbunden werden. Wirtschaftsdemokratie umfaßt für uns mindestens die folgenden Elemente:

- Paritätische Mitbestimmung in den Unternehmen;
- Wirtschaftliche Rahmenplanungen unter Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften;
- Tarifautonomie bei der Regelung der Arbeitsbeziehungen;
- Eine demokratisch kontrollierte Politik ausgewählten Wachstums und ausgewählter Schrumpfung durch Investitionslenkung.

Sie verlangt darüber hinaus eine wirkungsvolle Kontrolle der multinationalen Konzerne durch internationale Kooperation der Gewerkschaften und der Regierungen.

Wir müssen diese Ziele im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft vorantreiben, und die EG als Instrument einer Umgestaltung der weltwirtschaftlichen Bedingungen nutzen.

Unser Programm der Wirtschaftsdemokratie richtet sich gegen den konservativ-liberalen Aberglauben in die Selbstheilungskräfte eines privatwirtschaftlich beherrschten Marktes und gegen den grün-alternativen Mythos, die Zersplitterung der Wirtschaft in zahllose selbstbestimmte kleine Produktionseinheiten könnte zu einer sinnvollen Gesamtentwicklung führen.

4. Humane und soziale Steuerung der Technik

Nur wenn wir vor der Realisierung neuer technischer Möglichkeiten demokratisch entscheiden, mit welcher Technik wir leben wollen, wird es uns gelingen, Technik zu einer Quelle für eine bessere Qualität des Arbeitens und Lebens statt zu einer Bedrohung für die Arbeitsplätze und das Überleben zu machen.

Technische Innovation wird weiterhin eine Hauptquelle für die Verbesserung des menschlichen Lebens, der menschlichen Gesundheit und für einen verantwortlichen Umgang mit der Natur bilden. Diesen Dienst kann Technik beim heute erreichten Stand der Entwicklung gerade nicht mehr leisten wenn sie dem Selbstlauf überlassen wird. Ungeheure neuartige Risiken wie in der Kernenergie und der Großchemie, freiheitsgefährdende Wirkungen, wie in der Gentechnik und in den Informationstechnologien, arbeitsplatzbedrohende Folgen wie durch neuartige Technologien im Bereich der Mikroprozessoren und der Industrieroboter, bedürfen einer vorausgehenden gesellschaftlichen Bewertung. Technik, die das ganze menschliche Leben bestimmt, ist politisch. Sie bedarf daher einer Bewertung nach humanen und sozialen Maßstäben und einer Steuerung dessen, was wir wollen, und dessen, was wir nicht wollen, mit politischen Mitteln.

Diese politische Leitidee wendet sich gegen den blinden Technikoptimismus der Konservativ-Liberalen ebenso wie gegen eine pauschale Technikskepsis der Grün-Alternativen.

5. Gesellschaftliche Gleichheit von Frauen und Männern

Frauen und Männer sind in unserer Gesellschaft nach dem Grundgesetz gleichberechtigt. Dennoch sind Frauen im beruflichen, sozialen und familiären Leben häufig noch erheblichen Benachteiligungen unterworfen. Eine wirkliche gesellschaftliche Gleichheit der Lebenschancen und Entfaltungsmöglichkeiten für die Frauen bedarf einer weitreichenden Umgestaltung vieler gesellschaftlicher Verhältnisse und des vorherrschenden Denkens.

Wir leben weithin in einer nach Geschlechtsrollen gespaltenen Gesellschaft. Frauen müssen häufig die mühevolleren, schlechter bezahlten und weniger anerkannten Berufs- und Sozialrollen übernehmen. Für eine tatsächliche Gleichheit der Lebenschancen kommt es heute auf eine gezielte Politik der Frauengleichstellung an. Sie muß bei den Formen der Arbeitszeitveränderung, der Aufteilung von Erwerbs- und Eigenarbeit, der Ämtervergabe in Parteien und Organisationen, der Einstellungspraxis im Berufsleben, ebenso wirksam werden, wie in Erziehung und Kultur.

Eine wirkliche Gleichstellung von Mannern und Frauen, die die Beziehungen der Geschlechter grundlegend verändert, ist letztlich auch im Interesse der Manner selbst. An die Stelle einer nach Geschlechterrollen gespaltenen, weitgehend männlich beherrschten Gesellschaft, muß die menschliche Gesellschaft treten.

6. Sicherung und Umgestaltung des Sozialstaats

Solidarität, öffentliche Gesamtverantwortung und das geschichtlich erkämpfte Niveau der sozialen Sicherheit bleiben unantastbare Grundlagen der Reform des Sozialstaates. Die Methoden sozialstaatlicher Hilfe sollen, wo immer dies sinnvoll und möglich ist, auf Vorbeugung statt Reparatur, auf Zusammenarbeit mit den Betroffenen statt bloße Betreuung, gerichtet sein.

Für Sozialdemokraten bleibt das Bürgerrecht auf soziale Sicherheit und das heute erreichte Niveau der sozialen Sicherungen gegen die Risiken des Lebens in unserer Gesellschaften unantastbare Voraussetzungen jeder Reform. Die Solidarität der ganzen Gesellschaft für den in Not geratenen Einzelnen ist oberstes Prinzip der Umgestaltung des Sozialstaats.

Arbeit *und* Umwelt

SPD-Fachkongreß der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in Dortmund am 22./23. März 1985

Die SPD sucht die Verbindung von Arbeitsplatz- und Umweltinteressen

Das bloße Weitertreiben der bisherigen Entwicklung stößt auf Finanzierungsgrenzen und führt häufig zu menschlich problematischen Folgen. Überall, wo es sinnvoll und möglich ist, muß die immer noch überwiegende Methode des Bezahlens und Betreuens ersetzt werden. Vorbeugende Sozialpolitik, z. B. beim Wohnungsbau oder bei der Gestaltung der Arbeitsplätze, ist in vielen Fällen zugleich menschlicher und billiger. Hilfen zur Selbsthilfe dort, wo die Bereitschaft und der Wille zur Selbsthilfe tatsächlich besteht, kann in vielen Fällen zugleich der menschlichen Würde und der Kostenersparnis dienen. Es muß gewährleistet bleiben, daß jeder einen Rechtsanspruch auf die sozialstaatlichen Hilfen hat.

Formen der Zusammenarbeit zwischen selbsttätigen Einzelnen und Gruppen und einem flexibel und kooperativ handelnden Sozialstaat sollen Vorrang vor bloßer Betreuung haben, wo immer die Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

Mit dieser politischen Leitidee wendet sich das Programm gegen die Privatisierung der Lebensrisiken, die trotz unterschiedlicher sprachlicher Einkleidung von Konservativ-Liberalen und Grün-Alternativen gleichermaßen betrieben wird.

Willy Brandt spricht auf der großen Friedensdemonstration in Bonn 1983

7. Gemeinsame Sicherheit statt atomarer Abschreckung

Die Politik der Abschreckung wird im Zeitalter immer höhergezüchteter Massenvernichtungsmittel zu einer wachsenden Gefährdung des Friedens. Wir wollen sie durch eine gemeinsame Sicherheit ersetzen, die den Konflikt zwischen den Blocken entmilitarisiert, die Massenvernichtungsmittel schrittweise vom Erdball verbannt, um schließlich die Militärblöcke selbst überflüssig zu machen.

Die immer größere Zielgenauigkeit der atomaren Waffen, die kürzeren Vorwarnzeiten und die Verkleinerung der Atomsprengköpfe haben zu einer Entwicklung geführt, bei der ein Atomkrieg wider Willen oder Kalkulationen auf einen scheinbar gewinnbaren atomaren Krieg immer mehr zu einer Gefahr für den Frieden werden. Wirkliche Sicherheit ist nur noch als gemeinsame Sicherheit möglich. Eine Veränderung des Verhältnisses zwischen den Militärbündnissen, Entspannung und schrittweise Abrüstung, sind der Weg zu dem langfristigen Ziel einer Überwindung der Atomwaffen und der Blöcke selbst.

Diese politische Leitidee wendet sich gegen die konservativen und liberalen Kräfte, die von der Politik der atomaren Abschreckung nicht lassen wollen. Sie wendet sich ebenso gegen grün-alternative Vorstellungen eines sofortigen Ausstiegs aus den Militärbündnissen, weil dieser für einen wirksamen Prozeß der Abrüstung und Entsprannung in der Welt hinderlich wäre.

8. Verantwortliche Nord-Süd-Politik

Hunger und Elend in der Dritten Welt haben wir mitzuverantworten. Ihre Überwindung verlangt die Ersetzung traditioneller Entwicklungshilfe durch eine umfassende Nord-Süd-Politik. In allen Politikbereichen muß den Interessen des Südens Rechnung getragen werden. Dazu gehört auch die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, die den armen Ländern eine Chance zu selbstbestimmter Entwicklung gibt. Sie liegt auch in unserem eigenen Interesse an fairen und dauerhaften politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen allen Völkern.

Die heute übliche Mißachtung der Lebens- und Entwicklungsinteressen der armen Länder bei der Verfolgung der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung in den Industrieländern und in der Außenwirtschaftspolitik macht das meiste von dem wieder zunichte, was isolierte Entwicklungspolitik leisten kann. Nur wenn an ihre Stelle eine Rücksichtnahme auf die Interessen der Dritten Welt in der inneren Entwicklung der Industrieländer in allen Bereichen ihrer Außenpolitik tritt, können wir unsere Verpflichtung zu internationaler Solidarität erfüllen. Dazu gehört auch eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, die den Ländern der Dritten Welt eine gleichberechtigte Mitwirkung an den sie betreffenden Entscheidungen und eine wirkliche Chance im Welthandel gibt.

V. Kontroverse und offengebliebene Fragen in der bisherigen Diskussion des Entwurfs

In den Diskussionen der Kommission selbst, in den bisherigen Beratungen des Entwurfs innerhalb der Partei und in Gesprächen über den Entwurf außerhalb der Partei sind Gegensätze in einzelnen Fragen sichtbar geworden. Es gilt, die kontroversen Positionen in diesen Fragen in der vor uns liegenden Zeit zu klären und soweit wie möglich einander anzunähern.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und ohne irgendeine Gewichtung durch die Reihenfolge listen wir die zentralen Kontroverspunkte im folgenden auf, um die Diskussion innerhalb der Partei zu erleichtern.

1. Weltwirtschaftlich bedingter Handlungsspielraum

Zur zentralen Frage der nationalen Handlungsspielräume im Rahmen der fortgeschrittenen internationalen Wirtschaftsverflechtungen gibt es in unserer Diskussion drei Positionen:

a) Es wird die Auffassung vertreten, daß die internationale Wirtschaftsverflechtung eine so weitgehende Flexibilität der Geld-, Kapital- und Warenströme mit sich gebracht hat, daß die Bundesrepublik mit ihrem extrem hohen Außenwirtschaftsanteil nur noch eine Politik der Anpassung an die Weltmarktbedingungen treiben kann. Jede nationale Wirtschaftspolitik, die zu einer Verschlechterung der Kapitalrenditebedingungen, gemessen an den in diesem Punkte günstigsten Ländern der Welt führt, muß demnach notwendigerweise zu einem Abzug von Investitionskapital und damit zu einer erheblichen Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Situation führen. Sie ist deshalb keine durchsetzbare politische Perspektive.

b) Dem ist entgegengehalten worden, daß wir in diesem Falle eine schrittweise Verringerung der Weltmarktabhängigkeit der Wirtschaft der Bundesrepublik betreiben müßten, um Spielräume für eine nationale Wirtschaftspolitik zurückzugewinnen. Andernfalls würden wir auf eine grundwertorientierte Wirtschaftspolitik verzichten müssen und uns gänzlich den vermeintlichen oder tatsächlichen Zwängen des Weltmarktes fügen.

c) Zwischen diesen beiden Positionen versuchte eine europaorientierte Strategie zu vermitteln, die im Irseer Entwurf ihren Niederschlag gefunden hat. Diese Linie beruft sich darauf, daß die EG den Hauptanteil der Außenwirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik ausmacht. Da wir innerhalb der EG Gestaltungschancen haben, können wir insoweit durch eine europaorientierte Wirtschaftspolitik unsere Ziele in gewissem Maße verwirklichen, ohne uns aus der außenwirtschaftlichen Verflechtung zurückziehen zu müssen. Zugleich soll die Wirtschaftsmacht EG genutzt werden um die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen insgesamt weiter in Richtung unserer Vorstellungen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung zu verändern.

2. Gerechtigkeit und/oder Gleichheit

a) In dieser Frage wird die Auffassung vertreten, daß Gerechtigkeit die beste Bezeichnung für den entsprechenden Grundwert darstellt, da dieser Ausdruck allgemein nach den Rechten des Einzelnen in der Gemeinschaft mit anderen fragt. Darauf kann mit dem Hinweis auf bestimmte Gleichheiten, die wir wollen, wie Rechtsgleichheit, politische Gleichheit und Gleichheit der Lebenschancen geantwortet werden. Gleichzeitig bleibt Raum für rechtfertigbare Ungleichheiten, wie bestimmte Einkommensdifferenzen, die wir ja auch wollen. Ein Grundwert Gerechtigkeit kann mit starker egalitärer Betonung gefüllt werden, ohne Mißverständnisse zu begünstigen, wir wollten Gleichmacherei.

b) dem ist entgegengehalten worden, daß Gleichheit als Grundwert verbindlicher ist und ein klareres politisches Signal für eine egalitäre Politik, die wir wollen, enthält. Dies gelte ganz besonders für die Gleichstellung von Frauen und Männern.

c) im Irseer Entwurf hat sich als vorläufiges Ergebnis in dieser Frage ein verantwortbarer Kompromiß durchgesetzt, beide Namen „Gerechtigkeit und Gleichheit" zur Bezeichnung des Grundwertes nebeneinander zu setzen, um als politisches Signal schon in der Abschnittsüberschrift kenntlich zu machen, daß wir eine Gerechtigkeit wollen, die wesentlich durch den Gleichheitsgedanken bestimmt ist.

Archiv der sozialen Demokratie Bonn Bibliothek

3. Gesellschaftliche Gleichheit von Frauen und Männern

a) Im Programmentwurf hat die Position ihren Niederschlag gefunden, daß wir der zentralen Aufgabe einer wirklichen gesellschaftlichen Gleichheit von Frauen und Männern nur gerecht werden, wenn wir sie in einem eigenen Kapitel beschreiben. Dies gibt gleichzeitig auch ein unzweideutiges Zeichen, wie wichtig diese Aufgabe uns ist.

b) Dem gegenüber wird geltend gemacht, daß ein eigenes Kapitel für die Gleichstellung der Frau einer erneuten Ghettoisierung (Abtrennung) der Gleichstellungsforderung entspricht. Stattdessen sollte in allen Abschnitten und bei allen Forderungen im gesamten Programm das Gleichstellungsinteresse der Frauen zur Geltung gebracht und auf ein eigenständiges Kapitel verzichtet werden.

4. Gesellschaftliche Kontrolle wirtschaftlicher Entscheidungen

Der traditionsreiche Streit innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung, in welcher Form und in welchem Umfang formliche Vergesellschaftungen von Unternehmen als unverzichtbares Mittel gesellschaftlicher Kontrolle der wirtschaftlichen Entscheidungen anzusehen sind, hat in der bisherigen Diskussion eine geringe Rolle gespielt. Es gibt Stimmen, die Notwendigkeit einzelner Vergesellschaftungen deutlicher in den Text aufzunehmen. Unterschiedliche Auffassungen sind aber in folgenden Fragen sichtbar geworden:

a) Gegenüber denen, die den vorliegenden Text hinsichtlich der gesellschaftlichen Kontrolle wirtschaftlicher Macht für ausreichend halten, machen andere geltend, daß die von uns geforderten Demokratisierungsmaßnahmen präziser und schärfer herausgestellt werden müssen und ihr Zusammenhang auf den einzelnen Stufen der wirtschaftlichen Entscheidungen – Arbeitsplatz, Betrieb Unternehmen, Gesamtwirtschaft – klarer dargestellt werden soll.

b) Gegenüber den Formulierungen des Textes wird auch eine präzisere Darstellung der Instrumente wirtschaftlicher Lenkung – z.B. der Rahmenplanung und der Investitionslenkung – angemahnt.

c) Im Zusammenhang mit den geschrumpften nationalen Handlungsspielräumen ist in den bisherigen Diskussionen kontrovers auf die Frage eingegangen worden, ob es sinnvoll sein kann, durch sogenannte Kapitalverkehrskontrollen nationale Selbstbestimmung über die Wirtschaftsentwicklung zurückzugewinnen. Am Beispiel von Großunternehmen der Bundesrepublik, die Milliardengewinne, die bei uns erarbeitet worden sind, in den USA anlegen, weil dort die Zinsen höher sind, statt sie in der Bundesrepublik zu investieren, um Arbeitsplätze zu schaffen, wird gefragt, ob in solchen Fällen nicht eine staatliche Kontrolle der Kapitalausfuhr sinnvoll wäre. Dem wird entgegengehalten, daß dies insgesamt mehr Nachteile als Vorteile brächte, weil in diesem Falle ausländisches Kapital in größerem Umfang aus Angst vor der späteren Sperrung gar nicht mehr in die Bundesrepublik hereinkäme.

5. Volksabstimmungen, direkte Demokratie

a) Das wachsende Empfinden vieler Menschen, in entscheidenden Fragen nur noch allzu indirekt auf politische Entscheidungen Einfluß nehmen zu können, hat zu der Überlegung geführt, in zentralen Fragen, wie etwa Kernenergie oder Atomwaffen, die repräsentative Demokratie durch direkte Volksentscheide zu ergänzen.

b) Dagegen wird eingewandt, daß Volksentscheide, da sie sich nicht auf bestimmte Themengruppen begrenzen lassen, reaktionäre Politik begünstigen können. Als politische Momentaufnahmen zu einem bestimmten Zeitpunkt einer politischen Diskussion können sie auch das weitere Gespräch und die politische Neuorientierung behindern.

6. Optimismus oder Pessimismus

Die Präambel des Irseer Entwurfs verbindet drei Elemente miteinander. Zunächst werden Gefahren geschildert, die sich aus technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen ergeben. Ihnen werden die Chancen gegenübergestellt, die dieselben Entwicklungen bei einer bewußten und gezielten Nutzung eröffnen können. Schließlich wird auf ein sich regendes neues Selbstbewußtsein und auf die politischen Handlungsmöglichkeiten verwiesen als Ansatzpunkte, die wir nutzen können, um die Entwicklung zum Guten zu wenden.

Die Diskussion darüber, ob das Programm insgesamt einen zu pessimistischen Ton enthält, oder in seinen Beschreibungen einfach realistisch ist, hat sich vor allem an der Gewichtung dieser Faktoren und an der Tonlage der Darstellung in der Präambel entzündet.

a) Der vorliegende Text wird mit dem Argument verteidigt, daß wir zunächst einmal durch die Beschreibung der Gefahren zu erkennen geben müssen, daß wir genau verstanden haben, was uns droht, wenn wir nicht aufpassen, und was insgesamt auf dem Spiele steht.

b) Dem wird entgegengehalten, daß sehr viele Menschen spontan eher den politischen Gruppierungen zuneigen, die ein optimistisches Bild der Realität und der künftigen Entwicklung anbieten. Daher würden wir durch eine zu deutliche Benennung der Gefahren ohne Not viele abschrecken, mit denen wir sonst in ein Gespräch über unsere Ziele kommen könnten.

7. Geschichte der Partei

a) Es wurde sehr begrüßt, daß zum erstenmal in einem sozialdemokratischen Programm ausführlich Rechenschaft über unsere bisherige geschichtliche Entwicklung abgelegt wird. Auf diesem Wege kann zugleich in glaubwürdiger Weise deutlich gemacht werden, wo Kontinuität und wo begründeter Wandel unsere Entwicklung von den Ursprüngen bis zur Gegenwart kennzeichnen.

b) Dagegen wird eingewandt, daß ein allzu langer Geschichtsteil zu Beginn des Entwurfs die Lektüre des Textes erschwert. Im übrigen enthalte eine längere geschichtliche Darstellung notwendigerweise so viele umstrittene Deutungen selbst in den Augen der Mitglieder der Partei und der mit uns verbundenen Historiker, daß ein solcher Abschnitt als Teil des verbindlichen Parteiprogramms nicht zu verantworten ist.

8. Dritte Welt

a) Der Entwurf hat sich darum bemüht, durch ein Vorziehen der Abschnitte über internationale Politik einschließlich der Aussagen über die Dritte Welt, das zunehmende Gewicht der Dritte-Welt-Politik angemessen zu berücksichtigen. Die Absätze zu diesem Thema sind knapp ausgefallen.

b) Kritische Stimmen fordern eine viel deutlichere und präzisere Festlegung unserer Dritte-Welt-Politik im Programm. Sie soll zum einen als umfassende Nord-Süd-Politik deutlicher in allen Abschnitten des Programms hervortreten und zum anderen in ihren auf die Änderung der Weltwirtschaftsordnung zielenden Forderungen präziser und verbindlicher ausfallen.

9. Strategie

a) Der Entwurf formuliert Handlungsziele, in die gesellschaftliche Interessen eingegangen sind. Er nennt keine sozialen Gruppen als Träger unserer Politik. Im internationalen Bereich bezieht er sich vor allem auf die Europäische Gemeinschaft als Handlungsrahmen und als Instrument.

b) Es ist angemahnt worden, daß eine Benennung der sozialen Gruppen, die zu einem Bündnis für unsere Politik zusammengeführt werden können, hilfreich wäre. Außerdem wurde bemängelt, daß wir im Programm zeigen müßten, wie die europäische Linke in eine gemeinsame Diskussion der neuen Fragen eintreten und zu gemeinsamem Handeln kommen könnte, um dem Europabezug des Programms eine soziale und politische Grundlage zu geben.

10. Staat und Gesellschaft

a) Der Text zielt auf eine Würdigung der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen und ihrer Rolle bei der staatlichen Willensbildung, bei der gesellschaftlichen Selbstbestimmung und beim sozialen Wandel ab. Er bemüht sich um ein vollständiges Bild. Er differenziert auch genau zwischen dem demokratischen Staat, der den Vorstellungen der Sozialdemokratie entspricht, und der nicht ausreichend demokratisierten Gesellschaft, auf deren weitere Veränderung unser Programm zielt.

b) Kritiker bemängeln, daß dieses Kapitel zwar vollständig aber ohne originelle Akzentsetzung ist. Das wirklich neue und interessante geht in dem vielen Genannten unter. Es wird auch kritisiert, daß die Identifikation mit dem demokratischen Staat in der im Programm formulierten Weise zu weit gehe.

Ähnliche Kritik, was das Verhältnis von Vollständigkeit und Originalität anbelangt, ist auch an anderen Abschnitten geübt worden. Insofern handelt es sich hier nur um ein Beispiel. Ein anderes Beispiel ähnlicher Kritik ist das Kulturkapitel.

11. Zur Form des Programms

Das vorliegende Programm wurde als Arbeitstext für die Parteidiskussion absichtlich auf relative Vollständigkeit und Differenziertheit angelegt. Es war der Kommission bewußt, daß das endgültige Programm kürzer und „programmatischer" formuliert werden muß. Vier Vorschläge sind bisher in die Diskussion eingebracht worden.

a) Das Programm sollte insgesamt kürzer und „programmatischer" formuliert sein. Unsere wesentlichen Forderungen sollten konzentriert dargestellt werden, ohne allzu viel Beschreibungen und ohne allzu konkrete Details.

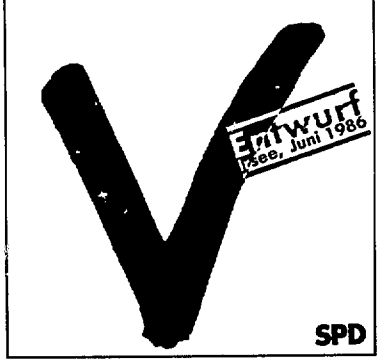
b) Hinter dem Abschnitt „Unsere Grundsätze" sollte ein Abschnitt stehen – etwa wie die „Grundforderungen" des Godesberger Programms – in dem auf ein bis zwei Seiten die politischen Leitideen knapp und zündend dargestellt sind, die unseren Zukunftsentwurf kennzeichnen und den politischen Charakter des neuen Programms zusammenfassend anschaulich machen. Von daher erhalten dann die einzelnen Kapitel ihre Einordnung und ihren inneren Zusammenhalt. Solche politischen Leitideen sind auch für die Außendarstellung unserer Politik ein gutes Hilfsmittel.

c) Eine „konkrete Utopie" am Ende des Programms kann anschaulich machen, wie die Gesellschaft in wichtigen Bereichen aussehen könnte, die wir wollen. Ein solches Kapitel kann durch seine Anschaulichkeit motivieren und als Hilfe bei der Bewältigung eines recht komplexen Programms gute Dienste leisten. Es müßte so formuliert sein, daß es zugleich anschaulich ist, aber keine Details enthält, die schon nach wenigen Jahren veraltet sein könnten. Der Abschnitt „Wie wir morgen leben können" des Irseer Entwurfs kann als ein Beispiel dafür dienen.

d) Das Programm sollte eine Analyse unserer Zeit enthalten, um anschaulich zu machen, welches Bild der gesellschaftlichen Probleme wir unseren Forderungen zugrundelegen und welche Ursachen wir für die verschiedenen Entwicklungen sehen.
Dem ist entgegengehalten worden, daß eine solche Analyse allzu schnell veraltern könnte und es im übrigen unwahrscheinlich sei, daß sich die ganze Partei auf eine gemeinsame Analyse einigen wurde.

Es gibt auch Gründe, gegen diese Vorschläge an der vorliegenden Struktur des Irseer Entwurfs festzuhalten. Da die Struktur des Programms eine große Rolle spielt, beispielsweise für die Entfaltung einer motivierenden Kraft des Programms, für die politische Bildungsarbeit innerhalb der Partei und für die Darstellung unserer Politik in der Gesellschaft, sollte diesen Fragen eine ebenso große Bedeutung in der weiteren Diskussion beigemessen werden, wie den inhaltlichen Fragen.

Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.



VI. „Wie geht es weiter?"

Auf Bundesebene

● Nach dem außerordentlichen Bundesparteitag im Juni 1987 wird entschieden, wer den Vorsitz der PV-Programmkommission übernimmt. Danach wird sich die Kommission neu konstituieren.

● Bis voraussichtlich zum 30.5.1988 wird die Kommission die Anregungen, Kritik und Ergänzungen der Untergliederungen entgegennehmen.

● Wahrscheinlich im Herbst 1988 legt die Kommission einen zweiten Entwurf vor. Er ist die Grundlage für konkrete Anträge der Untergliederungen.

● Beschlußfassung über das Programm auf einem Bundesparteitag im Jahr 1989.

Im Bezirk Mittelrhein

Ab Sommer 1987

● Die Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften diskutieren mit den Parteimitgliedern den „Irseer Entwurf". Der Bezirk vermittelt auf Wunsch Referenten.

● Die Programmkommissionen auf UB-Ebene koordinieren und betreuen die Arbeit in ihrem Bereich. Sie geben Kritik, Anregungen und Vorschläge an die Bezirks- und an die PV-Kommission weiter.

● Die Unterbezirke führen Zielgruppenveranstaltungen mit Gästen von außerhalb der Partei durch.

Ab Herbst 1988

● Nach Vorlage des 2. Entwurfs durch die PV-Programmkommission beschäftigen sich die Untergliederungen mit dem neuen Text. Es werden konkrete Anträge ausgearbeitet.

● Die Unterbezirke führen Programm-Parteitage durch und beschließen Anträge für einen Programm-Parteitag auf Bezirksebene.

● Rechtzeitig vor Antragsschluß zu dem Bundesparteitag, der das neue Grundsatzprogramm beschließt, wird ein Bezirksparteitag durchgeführt, der die Anträge des Bezirks Mittelrhein für diesen Bundesparteitag verabschiedet.

Ein Bundesparteitag im Jahr 1989 wird das neue Grundsatzprogramm verabschieden. (Hier der Bundesparteitag der SPD 1982 in München.)

VII. „Ins Gespräch kommen"

Vorschläge für die Diskussion des „Irseer Entwurfs"

Stellt Euch vor: Die SPD hat ein neues Programm – und keiner merkt was davon." – Nun, ganz so schlimm wird's nicht kommen. Aber in dem Spruch steckt schon mehr als ein Körnchen Wahrheit: Wenn wir die Themen unseres Programms nicht diskutieren, an die Leute bringen, Auseinandersetzungen darüber herbeiführen, dann wäre letztlich die Beschlußfassung über das Programm schon dessen „Verabschiedung".

Das soll natürlich anders laufen. Und darum habt Ihr in den Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und Unterbezirken mindestens die gleiche Bedeutung bei der Programmdiskussion wie die Experten, die das Programm ausarbeiten.

„Den Zukunftsentwurf der SPD ins Gespräch bringen", das ist jetzt die Aufgabe. Und dafür wollen wir Euch hier einen Vorschlag machen.

Zur Durchführung benötigt Ihr etwa 2½ Stunden Zeit.

1. Programmdiskussion bei einer Ortsvereins-Mitgliedsversammlung

Vorbereitung:

Der OV-Vorstand beschließt, wann das Thema „Parteiprogramm" bei einer MV behandelt werden soll. Ein(e) Verantwortliche(r) wird benannt, der (die) sich etwas intensiver in das Thema einarbeitet und die MV vorbereitet.

Hierfür reicht es völlig aus, den „Irseer Entwurf" zu lesen und diese Broschüre genau durchzuarbeiten.

Bei der **Einladung** zur MV soll nicht nur das Thema angegeben, sondern auch etwas darüber gesagt werden, was die Mitglieder bei der MV erwartet.

Ziel einer ersten MV zum „Parteiprogramm" ist, die Mitglieder erst einmal für das Thema aufgeschlossen zu machen, sie zu interessieren. Das heißt: Sie dort abholen, wo sie mit ihren Kenntnissen und Interessen stehen.

Geht darum das Ganze nicht zu theoretisch an, sondern eher unter dem Aspekt „Welche Antworten hat die SPD auf wichtige Fragen zur Zeit?"

Wenn Ihr unserem Konzept folgt, braucht Ihr etwas **Material:**

- Genügend Exemplare des „Irseer Entwurfs" (möglichst vorher an die Mitglieder verteilen).
- Stecktafeln oder Wände, an denen Ihr mit Nadeln etwas befestigen kor
- Karten aus dünnem Karton (etwa 10 x 20 cm groß);
- Stecknadeln (kurz und mit dickem Kopf);
- genügend Filzstifte für die Teilnehmer.

Durchführung der MV

1. Schritt

Der Versammlungsleiter bzw. die -leiterin sagt einleitend noch einmal, was das Ziel dieser MV zum „Parteiprogramm" ist. Also: keine Diskussion unter Spezialisten, sondern eine gemeinsame Annäherung an ein wichtiges Arbeitsfeld der Partei. Rechnet nicht damit, daß alle den „Irseer Entwurf" gelesen haben! Nehmt den Teilnehmern die Scheu vorm Mitmachen!

2. Schritt

Wichtig ist, daß die Teilnehmer möglichst oft selbst zu Wort kommen. Fragt sie z.B. am Anfang: „Was habt ihr bisher von der Programmdiskussion gehört?" Oder: „Wie schätzt ihr die bisherige Diskussion um ein neues Parteiprogramm ein?"

Vielleicht kommt nicht viel dabei heraus. Zumindest gewöhnt Ihr die Teilnehmer aber daran, daß sie selbst etwas beitragen. Und eventuell ergibt sich aus den Antworten ein wichtiger Anknüpfungspunkt zum Weitermachen.

3. Schritt

Gebt jetzt einen kurzen Überblick, welche verschiedenen **Arten von Programmen** es in der SPD gibt.

a) **Regierungsprogramme:** Sie gelten kurzfristig, beziehen sich auf die Wahlperiode; sind ziemlich konkret. Z.B.: „Kindergeld statt Kindertreibetrag"; „Verhinderung von Wackersdorf und Kalkar"; „Programm Arbeit und Umwelt".

b) **Aktionsprogamme:** Sie gelten mittelfristig (10-15 Jahre). Z.B.: „Ausstieg aus der Kernenergie"; „Selbstbehauptung Europas"; „Sanierung von Altlasten".

c) **Grundsatzprogramme:** Sie gelten langfristig (für etwa 30 Jahre). Beispiele für Forderungen aus dem Godesberger-Programm: „Demokratische Wirtschaftsordnung"; „Wohlstand für alle"; „Aussöhnung (mit dem Osten)".

Dieser Überblick soll der Eingrenzung der Diskussion dienen und klarmachen, daß Grundsatzprogramme einen bestimmten Charakter haben und nicht kurz- oder mittelfristige Zielsetzungen enthalten.

4. Schritt

Jetzt ist es sinnvoll, einen kurzen Ausflug in die **Programmgeschichte** zu machen unter der Fragestellung: „Welche Grundsatzprogramme hatte die SPD bisher – auf welche Zeitfragen gaben sie eine Antwort?"

► Das findet Ihr unter Punkt II in dieser Broschüre aufgelistet.

Verbraucht für die Schritte 1-4 nicht zuviel Zeit, denn zum eigentlichen Thema des Abends kommt Ihr ja erst. Besser ist es, wenn Ihr den Teilnehmern eine optische Erinnerungshilfe gebt: Schreibt vorher die wichtigsten Stichworte auf Karten und heftet sie an die Wand oder die Stecktafel, wenn Ihr vorhabt.

5. Schritt

Laßt Euch nun etwas mehr Zeit, um an die Situation nach dem **2. Weltkrieg und in den 50er Jahren** zu erinnern, die Zeit vor der Verabschiedung des Godesberger Programms.

Spätestens hier sollen die Teilnehmer wieder mitmachen. Das dürfte ihnen auch nicht schwerfallen, denn einige werden sicherlich dabei sein, die diese Zeit miterlebt haben und sich erinnern.

Um die Diskussion in Gang zu bringen, könnt Ihr natürlich ein paar Stichworte geben. Z.B.: Kriegsende, Währungsreform / Ost-West-Konflikt / Teilung Deutschlands / West-Orientierung der BRD / Wiederaufbau / NATO und EWG / Kalter Krieg / Adenauer-Herrschaft

Und wie war damals die Situation: der SPD? – Auch dazu werden die Teilnehmer einiges wissen. Stichworte: Die SPD war gegen die einseitige Westorientierung, gegen NATO und Bundeswehr, gegen Atombewaffnung. Und: Die SPD war in der Opposition; die anderen schufen die Fakten; 1967 errang die CDU sogar die absolute Mehrheit bei der Bundestagswahl. Die große Frage war: Wie sollte die SPD mehrheitsfähig werden?

An dieser Stelle ist es durchaus sinnvoll, Ähnlichkeiten mit der heutigen Situation festzustellen!

6. Schritt

Laßt diese mehr zeitgeschichtlichen Erörterungen im 5. Schritt einmünden in eine kurze Erinnerung an die wichtigsten Inhalte des **Godesberger Programmes.**

Dieses spiegelt – wie jedes Grundsatzprogramm der SPD – die Grundstimmungen und wichtigsten Probleme einer bestimmten Zeit wieder.

▶ Stichworte dazu findet Ihr in Teil III dieser Broschüre

7. Schritt

Nachdem Ihr die Teilnehmer ein wenig in die 50er Jahre, in die Zeit der Erarbeitung und Beschlußfassung des Godesberger-Programms zurückversetzt habt, gilt es jetzt, sie wieder mit der Gegenwart zu konfrontieren. Die Frage lautet:

„Was sehen wir heute anders?"

▶ Hierzu findet Ihr Informationen in Teil I dieser Broschüre. Und dies ist wieder eine Stelle, an der die Teilnehmer zu Wort kommen sollen!

8. Schritt

Jetzt ist es Zeit, daß Ihr Euch dem **„Irseer Entwurf"** direkt annähert.

Klar ist, daß er an diesem Abend nicht umfassend vorgestellt werden kann. Aber einen Gesamteindruck sollten die Teilnehmer doch erhalten.

Dies erreicht Ihr gut dadurch, daß Ihr die **politischen Leitideen** des Entwurfs vorstellt.

▶ Die findet Ihr ausführlich im Teil IV dieser Broschüre dargestellt.

Auch hier ist es gut, sie vorher auf Karten zu schreiben und – während Ihr die Information gebt – diese Karten wiederum an die Stecktafel oder an die Wand zu heften.

Das könnte z.B. so aussehen:

- Grundvoraussetzung zum Überleben ist Naturerhaltung und Friedenserhaltung.
- Wir müssen neu bestimmen, was die Wirtschaft darf und was sie nicht darf.
- Wir brauchen eine humane und soziale Kontrolle der Technik.
- Neue Methoden der sozialen Sicherung sind erforderlich, weil der zentralistisch organisierte Sozialstaat an seine Grenzen stößt.
- Die Gleichstellung von Männern und Frauen muß durchgängiges Prinzip sein.
- Das Militär darf erkennbar nur der Verteidigung dienen.

Diese „Leitideen" müßt Ihr jetzt nicht ausführlich diskutieren. Sie sollten aber im weiteren Verlauf des Abends allen vor Augen bleiben.

9. Schritt

Nehmt jetzt eine **Kartenabfrage** der Teilnehmer vor:

Jeder Teilnehmer erhält zwei Karten und einen Filzstift.

Die Frage an die Teilnehmer lautet: **„Was sind für mich die beiden wichtigsten Probleme heute?"**

Jeder soll – kurz und knapp – zwei Antworten dazu aufschreiben; auf jede Karte kommt nun eine Antwort (das ist wichtig). Laßt den Teilnehmern genügend Zeit dazu.

Fordert sie auf, ihre Antworten – unsortiert – einfach an die Wand oder an die Stecktafel zu heften.

10. Schritt

Im Anschluß daran **sortiert die Antworten in Dialogen mit den Teilnehmern.**

Versucht dabei, sie den Themenbereichen des „Irseer Entwurfs" zuzuordnen, z.B.: „Arbeit", „Wirtschaft", „Frieden", „Umwelt" usw.

Wenn Ihr damit fertig seid, werdet Ihr feststellen, daß es bei einzelnen Themenbereichen Häufungen gibt.

11. Schritt

Nehmt den Themenbereich zuerst, der am häufigsten genannt wurde, um die Frage zu beantworten: „Was sagt der Irseer Entwurf dazu?"

Hierfür müßt Ihr Euch vorbereiten, weil Ihr ja nicht den ganzen Entwurf im Kopf haben könnt. Also: Schreibt vorher zu hause die wichtigsten Stichworte zu den einzelnen Themenbereichen auf Karten. Die könnt Ihr jetzt anheften und dabei erläutern. Ihr werdet sehen: Das geht sehr gut.

Die Teilnehmer sind sicher nicht mit allen Antworten des Entwurf einverstanden. Genau das gibt Diskussionsstoff.

Nach aller Erfahrung werdet Ihr auf diese Weise an einem Abend nur ein oder zwei Themenbereiche abhandeln können.

Das ist aber gar nicht schlimm, weil Ihr durch den Ablauf des Abends ja Interesse geweckt habt.

Und diese Interesse sollte Ihr für die Weiterarbeit nutzen.

12. Schritt

Überlegt darum zum Schluß: **„Wie soll die Programmdiskussion im Ortsverein weitergehen?"**

Denkbar ist,

- daß sich ein Arbeitskreis von besonders interessierten Mitgliedern bildet:
- daß eine weiter MV zu einem speziellen Thema geplant wird;
- daß sich einige Mitglieder bereiterklären, in einer UB-Kommission weiterzuarbeiten.

Möglichkeiten gibt es viele.

Wichtig ist, daß Eure Mitglieder am Ende sagen: „Das ist schon eine spannende Sache, am Zukunftsentwurf der SPD mitzuarbeiten."

Die Programmdiskussion darf aber nicht nur auf die Partei beschränkt bleiben! Wir wollen damit ja das öffentliche Bewußtsein prägen.

Darum ist es ganz wichtig, auch Veranstaltungen durchzuführen, an denen Personen von außerhalb der Partei teilnehmen. Z.B.:

- **Jugendliche**
- **Kleine Selbständige**
- **Angehörige der mittleren und gehobenen Dienstleistungsschichten**

Wir sollten damit gerade gegenüber Bevölkerungskreisen, die (noch) nicht zu unserer Wählerschaft gehören, zeigen, welche Zukunftsvorstellungen wir haben, wie weit wir in unseren Überlegungen sind und daß wir Ratschläge hierzu von ihnen einholen möchten.

VIII. Zur Arbeit der Bezirkskommission

Im Bezirk Mittelrhein

● Neukonstituierung der Programmkommission nach dem Bezirksparteitag im Juni 1987. Mitglieder der Kommission werden UB-Vertreter, Experten und Interessierte.

● Die Kommission tagt i.d.R. alle zwei Monate, bei Bedarf häufiger.

● Ihre Hauptaufgabe bis Frühjahr 1988 ist, die Untergliederungen bei der Programmdiskussion zu unterstützen. Ggf. wird sie weitere Arbeitshilfen veröffentlichen.

● In Zusammenarbeit mit Weiterbildungseinrichtungen führt die Kommission Seminare zur Programmdiskussion durch.

● Sie diskutiert Vorschläge und Anregungen zum „Irseer Entwurf" und leitet sie über ihren Vertreter an die PV-Kommission weiter.

● Sie führt für den Bezirk Podiumsveranstaltungen zu einzelnen Themenbereichen des „Irseer Entwurfs" durch.

● Ab Herbst 1988 berät sie den 2. Entwurf und erarbeitet Anträge für den Programmparteitag auf Bezirksebene.

IX. Anhang

a) Referentinnen und Referenten

Im Bezirk Mittelrhein

DANN, Otto: Stumbshof 40, 5030 Hürth (Tel. 02233-75398)
Schwerpunkte: Geschichte, Grundsatzfragen, Gleichstellung

DELNUI, Hardy: Kahlgrachtstr. 20, 5100 Aachen

DIEHL, Rainer: Reaumurstr. 33, 5300 Bonn 1 (Tel.: 0228-8831)
Schwerpunkte: Geschichte, Programmvergleich, Wirtschaft

ESKE, Ulrich: Maarweg 19, 5000 Köln 41

GISEVIUS, Wolfgang: Am Laubberg 2, 5275 Bergneustadt

HAMMELRATH, Reiner: Schaevenstr. 2, 5000 Köln 1, (Tel.: 0221-2213599)
Schwerpunkte: Medien, Kultur, Bildung

HERGARTEN, Helmut: Langenscheider Weg 24, 5372 Schleiden

IRSHELD, Franz: sbg, Albertusstr. 40-46, 5000 Köln 1, (Tel.: 0221-207070)
Schwerpunkte: Geschichte, Bildung, Kultur

KERSCHGENS, Inge: Kirchrather Str. 34, 5100 Aachen

KRAUSE, Peter: Danner Str. 5, 5000 Köln 41

LINDEN, Maria: Morcher Weg 12, 5100 Aachen

LOHE, Alexander: Paulskamp 6, 5112 Baesweiler

MILLER, Susanne: Saarweg 6, 5300 Bonn 1 (Tel.: 0228-238922)
Schwerpunkte: Programmgeschichte, Allg. Kennzeichnung des Entwurfs

REINERS-LOGOTHETIDO, Anastasia, Magnustr. 3, 5000 Köln 1 (Tel.: 0221-2401775)
Schwerpunkte: Arbeit, Technik, Wissenschaft, Mann/Frau

RÖHLICH, Felix: Langenbergerstr. 12, 5150 Düren
Schwerpunkte: Technologische Entwicklung, Arbeitsplätze

RUSCHMEIER, Lothar, Langenstr. 54, 5201 Troisdorf

SASS, Fiete, Bonhöfferstr. 5, 5000 Köln 71
Schwerpunkte: Globale Probleme, Jugendpolitik

SCHINZEL, Dieter, Kirchrather Str. 34, 5100 Aachen

SCHLATTER, Günter: Carl-Bosch-Str. 26, 5010 Bergheim
Schwerpunkte: Wirtschaft- und Finanzpolitik

SCHOOFS, Erhard T.: An der Dingbank 49, 5090 Leverkusen (Tel.: 0214-24079)
Schwerpunkte: Demokratie in Staat und Gesellschaft, Kulturgesellschaft

SCHMIDT-KUNER, Hanna: Am Berg 24, 5100 Aachen (Tel.: 02408-5402)
Schwerpunkte: Arbeit, Umwelt

SCHULTEN, Hans Walter: Loeschckestr. 17, 5300 Bonn 1 (Tel.: 0221-207070)
Schwerpunkte: Allg. Einführung, Frieden

SIELAFF, Rüdiger: Klarenhofstr. 22, 5303 Bornheim 1

TIMMERMANN, Heinz: Ballumer Str. 15 5000 Köln 30 (Tel.: 0221-5505966)
Schwerpunkte: Friedens-, Deutschland-, Europapolitik

UHLENBRUCH, Kurt: Siemensstr. 35, 5000 Köln 30

WIEMER, Wolfgang: Westpreußenstr. 17, 5300 Bonn 1

WOLFGRAMM, Manfred, Winand-Rossi-Str. 5, 5090 Leverkusen 1

Materialien

Der „Irseer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD" ist zu beziehen über: SPD-Parteivorstand, Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn 1, Tel.: 02 28/53 21, Best.-Nr. 320624, Preis: –,50 DM

ALBERS, Detlef: Sozialistische Erneuerung der SPD – in: Neue Gesellschaft 11/84, S. 1020-1030

DOWE, Dieter und KLOTZBACH, Kurt (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin/Bonn 1984

EPPLER, Erhard (Hg.): Grundwerte für ein neues Godesberg Programm. Die Texte der Grundwertekommission der SPD, Hamburg 1984 (rororo aktuell 5437)

EPPLER, Erhard: Elf Thesen zur Programmdiskussion – in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 4/1985, S. 375-378

MEYER, Thomas: Fruchtbare Grundlage – Die Leitideen des Irseer Programmentwurfs – in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 5/1987, S. 455-450

MEYER, KLÄR, MILLER, NOWY, TIMMERMANN (Hg.): Lexikon des Sozialismus, Bund-Verlag, Köln 1986

MILLER, Susanne: Grundwerte in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie – in: aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 11, 13. März 1976, S. 16-31

MILLER, Susanne: Zur Wirkungsgeschichte des Godesberger Programms – in: Rebe/Lampe/von Thadden (Hg.): Idee und Pragmatik in der politischen Entscheidung, Bonn 1984, S. 128-137

OERTZEN, Peter von: Für einen neuen Reformismus, Hamburg 1984

RAPP, Heinz: Godesberger Erneuerung – Zum Bericht der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD über die Weiterentwicklung des Godesberger Programms – in: Neue Gesellschaft 1984, S. 494-509

SPD-PARTEIVORSTAND (Hg.): Godesberg heute. Bericht der Grundwertekommission zum Godesberger Programm, Reihe „Materialien"

SPD-PARTEIVORSTAND (Hg.): 25 Jahre nach Godesberg. Reden von Willy Brandt und Peter von Oertzen, Reihe „Materialien"

Adressen

SPD-Parteivorstand
Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn 1,
Tel. 02 28/53 21
- Burkhard Reichert (Sekretär der Programmkommission)
- Günter Wehrmeyer (Bildungssekretär)

SPD-Bezirk Mittelrhein
Albertusstr. 40-46, 5000 Köln 1,
Tel.: 02 21/20 70 70
- Hans Walter Schulten (Willi-Eichler-Bildungswerk)

SPD-Bezirk Westliches Westfalen
Brüderweg 10-12, 4600 Dortmund 1,
Tel.: 02 31/52 77 81-85
- Gerhard Kompe (Bezirksgeschäftsführer)

Impressum
SPD-Bezirk
Westliches Westfalen
Brüderweg 10-12
4600 Dortmund 1

SPD-Bezirk
Mittelrhein
Albertusstr. 4(
5000 Köln

C87